

## FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement au protocole:

subsidiarité et proportionnalité

Déposée par Monsieur:

Erwin Teufel

Qualité:

Membre

### *Texte du Praesidium*

3. Die Kommission übermittelt alle ihre Vorschläge und geänderten Vorschläge für einen Gesetzgebungsakt gleichzeitig den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten und dem Unionsgesetzgeber. Sobald das Europäische Parlament seine legislativen Entschlüsse angenommen und der Rat seine gemeinsamen Standpunkte festgelegt hat, leiten sie diese an die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten weiter.
4. Die Kommission begründet ihren Vorschlag im Hinblick auf die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Jeder Gesetzgebungsvorschlag sollte einen Bogen mit detaillierten Angaben enthalten, die es ermöglichen zu beurteilen, ob die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit eingehalten wurden. Dieser Bogen sollte Angaben zu den voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen sowie – im Fall eines Rahmengesetzes – zu den Auswirkungen auf die von den Mitgliedstaaten zu erlassenden Rechtsvorschriften enthalten, einschließlich gegebener

### *Amendement proposé*

3. Die Kommission übermittelt alle ihre Vorschläge und geänderten Vorschläge für einen Gesetzgebungsakt gleichzeitig den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten **beziehungsweise jeder Kammer eines nationalen Parlaments** und dem Unionsgesetzgeber. Sobald das Europäische Parlament seine legislativen Entschlüsse angenommen und der Rat seine gemeinsamen Standpunkte festgelegt hat, leiten sie diese an die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten weiter.
4. Die Kommission begründet ihren Vorschlag im Hinblick auf die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Jeder Gesetzgebungsvorschlag sollte einen Bogen mit detaillierten Angaben enthalten, die es ermöglichen zu beurteilen, ob die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit eingehalten wurden. Dieser Bogen sollte Angaben zu den voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen sowie – im Fall eines Rahmengesetzes – zu den Auswirkungen auf die von den Mitgliedstaaten zu erlassenden Rechtsvorschriften enthalten, einschließlich gegebener

nenfalls der regionalen Rechtsvorschriften. Die Feststellung, dass ein Ziel der Union besser auf Unionsebene erreicht werden kann, muss auf qualitativen und – soweit möglich – auf quantitativen Kriterien beruhen. Die Kommission berücksichtigt dabei, dass die finanzielle Belastung und der Verwaltungsaufwand der Union, der Regierungen der Mitgliedstaaten, der regionalen und lokalen Behörden, der Wirtschaft und der Bürger so gering wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Ziel stehen müssen.

nenfalls der regionalen Rechtsvorschriften. Die Feststellung, dass **das Ziel einer in Betracht gezogenen Maßnahme von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend erreicht werden kann, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen wirksamer** auf Unionsebene erreicht werden kann, muss auf qualitativen und – soweit möglich – auf quantitativen Kriterien beruhen. **Folgende Leitlinien sind bei der Prüfung der Frage, ob die genannten Voraussetzungen erfüllt sind, zu befolgen:**

- **Der betreffende Bereich weist transnationale Aspekte auf, die durch Maßnahmen der Mitgliedstaaten einschließlich ihrer regionalen und lokalen Gebietskörperschaften nicht ausreichend geregelt werden können,**
- **alleinige Maßnahmen der Mitgliedstaaten oder das Fehlen von Unionsmaßnahmen würden gegen die Anforderungen des Verfassungsvertrags (beispielsweise Erfordernis der Korrektur von Wettbewerbsverzerrungen, der Vermeidung verschleiierter Handelsbeschränkungen oder der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts) verstoßen oder auf sonstige Weise die Interessen der Mitgliedstaaten erheblich beeinträchtigen,**
- **Maßnahmen auf Unionsebene würden wegen ihres Umfangs oder ihrer**

**Wirkung im Vergleich zu Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten einschließlich ihrer regionalen und lokalen Gebietskörperschaften deutliche Vorteile mit sich bringen.**

- Die Kommission berücksichtigt ~~dabei~~, dass die finanzielle Belastung und der Verwaltungsaufwand der Union, der Regierungen der Mitgliedstaaten, der regionalen und lokalen Behörden, der Wirtschaft und der Bürger so gering wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Ziel stehen müssen.

7. Der Gerichtshof ist für Klagen wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsakts gegen das Subsidiaritätsprinzip zuständig, die nach den Modalitäten des Artikels [III-266 (ex-Artikel 230)] der Verfassung durch einen Mitgliedstaat erhoben oder gemäß der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsordnung von einem Mitgliedstaat im Namen seines nationalen Parlaments oder einer Kammer dieses Parlaments übermittelt werden.

Gemäß dem genannten Verfassungsartikel können entsprechende Klagen auch vom Ausschuss der Regionen in Bezug auf Gesetzgebungsakte, für deren Annahme die Anhörung des Ausschusses der Regionen nach der Verfassung vorgeschrieben ist, erhoben werden.

7. Der Gerichtshof ist für Klagen wegen Verstoßes eines **Rechtsakts** gegen das Subsidiaritätsprinzip zuständig, die nach den Modalitäten des Artikels [III-266 (ex-Artikel 230)] der Verfassung durch einen Mitgliedstaat erhoben oder gemäß der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsordnung von einem Mitgliedstaat im Namen seines nationalen Parlaments oder einer Kammer dieses Parlaments übermittelt werden.

Gemäß dem genannten Verfassungsartikel können entsprechende Klagen auch vom Ausschuss der Regionen in Bezug auf Gesetzgebungsakte, für deren Annahme die Anhörung des Ausschusses der Regionen nach der Verfassung vorgeschrieben ist, erhoben werden.

8. Die Kommission legt dem Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament, dem Rat und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten jährlich einen Bericht über die Anwendung des Artikels I-9 der Verfassung vor. Dieser Jahresbericht ist auch dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zuzuleiten.

8. Die Kommission legt dem Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament, dem Rat und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten **beziehungsweise jeder Kammer eines nationalen Parlaments** jährlich einen Bericht über die Anwendung des Artikels I-9 der Verfassung vor. Dieser Jahresbericht ist auch dem Ausschuss der Regionen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zuzuleiten.

---

### **Begründung:**

Nr. 3, 8

Bei der begrüßenswerten Ausdehnung des Frühwarnsystems auf die **zweiten Kammern** von nationalen Parlamenten wurde die Berücksichtigung in Nr. 3 und Nr. 8 leider vergessen.

Nr. 4

Die **volle Definition** des Subsidiaritätsgrundsatzes des Art. I-9 Abs. 3 sollte auch im Subsidiaritätsprotokoll Prüfungsmaßstab sein, um eine kohärente Anwendung zu gewährleisten. Dies ist auch in der Nr. 5 des geltenden Protokolls der Fall. Weiter sollten die **bewährten Leitlinien** der Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfung des bisherigen Subsidiaritätsprotokolls auch in der neuen Fassung niedergelegt werden. Sie liefern die notwendige Konkretisierung der Vorgaben des Verfassungstextes.

Nr. 7

Das **Klagerecht** sollte hinsichtlich **aller Rechtsakte** (nicht nur hinsichtlich Gesetzgebungsakten) gelten. Gerade Verordnungen können zu detailliert sein und dadurch gegen den Subsidiaritätsgrundsatz verstoßen.